



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

SPD/XII/241 - 21. Oktober 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 470
Fernsprecher 24831 - 38
Fernschreiber 0896890

Anzeige
auf den Inhalt:

Sozialisten tagten in Strassburg	S. 1
Macmillan in Washington	S. 3
Begrenzte Atomkriege?	S. 5
Eine beachtliche katholische Stimme	S. 6
Abg Harry Badings: Die Rolle des Bundes	S. 7

Ein Schritt nach vorn

Von Fritz Heine

Zum ersten Mal in der Geschichte der sozialistischen Bewegung haben sich führende Vertreter von drei übernationalen sozialistischen Körperschaften in gemeinsamer Beratung zusammengefunden.

Mitglieder des Büros der sozialistischen Internationale unter Führung des Präsidenten Alsing Andersen (Dänemark) und des Vizepräsidenten Erich Ollenauer, die sozialistische Fraktion der Beratenden Versammlung der Montan-Union, geführt von ihrem Vorsitzenden Lapie (Frankreich) und die sozialistische Fraktion des Europarats unter Leitung ihres Vorsitzenden Royds (Großbritannien) waren Teilnehmer dieser Konferenz, die am Sonntag in Strassburg stattfand. Europaratspräsident Dehousse (Belgien) hatte aus diesem besonderen Anlaß zum ersten Mal den grossen Parlamentsaal für eine derartige Konferenz bereitstellen lassen.

Es hat auch bisher schon Ansätze zur Beratung und Zusammenarbeit zwischen diesen Gremien gegeben. Die Verbindung zwischen den sozialistischen Fraktionen von Strassburg (Europarat) und Luxemburg (Montan-Union) zum Beispiel war von der Sache her enger als die mit der Sozialistischen Internationale.

Das Bedürfnis nach weiterer Verzahnung zwischen diesen 3 Körperschaften nimmt mit der wachsenden Bedeutung der europäischen Kooperation zu. Sie wird der aussereuropäischen Aufgabe sowohl der

Sozialistischen Internationale wie der beiden Europafraktionen nicht nur nicht hinderlich sein, sondern im Gegenteil weitere Impulse und neue Möglichkeiten schaffen.

Praktisch-technische Massnahmen für die Kooperation der drei Gremien einzuleiten und Instrumente für die Durchführung der zu fassenden Beschlüsse zu schaffen, war das eine Ziel des Strassburger Treffens. Eine Reihe nützlicher und realistischer Vorschläge - auch und besonders von deutscher Seite - sind gemacht worden. Das Büro der Sozialistischen Internationale wird sich in Kürze mit diesen Anregungen befassen und den Rahmen für diese Verbindungsaufgaben bilden.

Die andere Absicht der Konferenz war, die Diskussion über die Erarbeitung eines gemeinsamen Standpunktes vor allem in den Fragen einzuleiten, die sich aus den Aufgaben der europäischen Zusammenarbeit im politischen und wirtschaftlichen Bereich ergeben. Das sind in erster Linie die Stellungnahmen der Sozialisten zum Gemeinsamen Markt, zum Euratom, zur europäischen Freihandelszone, zu W.L.U. und zur europäischen parlamentarischen Gesamtvertretung. Es handelt sich aber auch um jene Fragen, die in Zusammenhang mit der für notwendig gehaltenen Verbindung zwischen europäischer und aussereuropäischer Gemeinschaftsarbeit entstehen.

In all' diesen Problemen werden auf die sozialistischen Fraktionen und die Parteien der Internationale zahlreiche neue Aufgaben zukommen.

Um diese Führungsrolle ausfüllen zu können, wird es für die sozialistischen Kräfte erforderlich sein, dass sie eine gemeinsame Plattform auch auf diesen Sektoren ihrer Tätigkeit erarbeiten und dass das Interesse an dieser Arbeit weit über den Kreis der Experten hinaus ausstrahlt in den Mitgliedermassen der Parteien schlägt. Wahrscheinlich werden zunächst jene Parteien ihre Arbeiten und Ziele koordinieren, die unmittelbar an der europäischen Zusammenarbeit beteiligt sind.

Es liegt zwar im Interesse aller, dass möglichst gleichzeitig über den Bereich dieser Parteien hinaus die Verständigung mit den anderen sozialistischen Parteien über die Aufgaben und Ziele dieser Arbeit erfolgt. Wenn diese Stufe erreicht ist, dann werden die Sozialisten umso eher in der Lage sein, als Anreger und Wegweiser auch für die anderen an der europäischen Zusammenarbeit Beteiligten zu wirken. Bis dahin ist zweifellos noch eine weite Wegstrecke, die vielleicht mit Rückschlägen und Schwierigkeiten gepflastert ist. Die Vorarbeiten jedoch, bei denen die beiden deutschen sozialdemokratischen Fraktionen in Strassburg und Luxemburg bisher schon einen so beträchtlichen Beitrag geleistet haben, berechtigen zu Optimismus. Die erste Koordinationskonferenz der drei sozialistischen Gremien in Strassburg war sicherlich ein bedeutsamer Schritt auf dem Weg zur Vollendung der grossen Aufgabe, die uns allen gestellt ist.

Macmillan in Washington

Auftakt zu einer neuen Viererkonferenz ?

E.A. London. Im Banne des "Roten Mondes" und der besorgniserregenden Lage im Mittleren Osten hat Washington einem Spitzengespräch zwischen Macmillan und Eisenhower zugestimmt. Der britische Premierminister, der drei volle Tage in Washington verbringen wird, hatte unmittelbar nach dem Erscheinen des sowjetischen Erdsatelliten am 4. Oktober ein Zusammentreffen mit Eisenhower angeregt. Als das State Department über die verschärfte Kriegsgefahr an der syrisch-türkischen Grenze tief beunruhigt wurde, griff Aoster Dulles die Anregung auf und vereinbarte mit Außenminister Selwyn Lloyd, der die Königin auf der Amerikareise begleitete, den Termin für die Aussprache.

Syrien und "anderen Weltprobleme" stehen auf der endlich mitgeteilten Gesprächsliste. Wahrscheinlich aber werden sie alle von dem Gesichtspunkt aus betrachtet werden, wie die neueste Phase der sowjetischen Politik eingeschätzt werden muss. In Washington und in London macht sich ein nagender Zweifel bemerkbar. Seit Stalins Tode war man der Meinung gewesen, dass Chruschtschow eine Politik der inneren und äusseren Liberalisierung verfolgen werde. Friedliche Koexistenz, während weder der Westen noch der Sowjetblock vitale Interessen des anderen provokatorisch verletzen würde, schien für einige Zeit hinaus gesichert. Chruschtschows Handlungen und Äusserungen haben in den letzten Wochen diese Einstellung erschüttert. Die Frage wird aufgeworfen, ob er nun infolge der sowjetischen Leistungen auf dem Gebiete der interkontinentalen Raketen und Erdsatelliten sowie einst Hitler einem Machtinstinkt folgt, die Vorsicht über Bord wirft und bewusst Konflikte sucht. Syrien wird als Beispiel dafür angeführt.

Anwarun Bevan hat jetzt enthüllt, dass Nikita Chruschtschow ihm bereits während seines Besuches in der Sowjetunion eine Warnung vor türkischen Intrigen in Syrien auf den Weg gegeben habe. Seitdem hat der sowjetische Machthaber seine bekannten Erziele an sieben sozialistische Parteien geschrieben, um vor der Kriegsgefahr im Mittleren Osten zu warnen. Wenn man den Londoner Foreign Office, der türkischen und der amerikanischen Regierung glauben darf, so besteht keinerlei Gefahr, dass die Türkei Syrien angreifen will. Trotz dieser Erklärungen und der Bereitwilligkeit, die Dienste der Vereinten Nationen zur Überwindung der Krise in Anspruch zu nehmen, verstärkt Moskau den Druck auf die Türkei und seine anti-amerikanische Propaganda in den Araberländern. Nachdem es seinen Einfluss in Kairo und Damaskus gefestigt hat, wodurch der "Nordwall" des Bagdadpaktes ausflankiert worden ist, mag die Sowjetpolitik der Zeitpunkt für gekommen erachten, die Türkei und vielleicht auch Irak aus dem Bagdadpakt herauszusprengen. Es aber wäre der Zusammenbruch der Eisenhower-Doktrin und der westlichen Position im Mittleren Osten.

Soll man nun die Eisenhower-Doktrin, die zu Fehl-
schlägen in Syrien, dem Libanon, in Saudi-Arabien und in Jorda-
nien geführt hat, über Bord werfen und wodurch sollte man sie
ersetzen? Die kritischen Sozialisten haben seit langen Monaten
verlangt, man solle eine Mittel-Ostregelung mit der Sowjetunion
vereinbaren. Damals war der sowjetische Einfluss bereits im
Ansteigen, heute ist er nicht mehr wegzuleugnen. Bagdadpakt und
Eisenhowerdoktrin sollten dem sowjetischen Vordringen einen
Riegel vorschicken, ihre Zielsetzung ist misslungen, ihre Urheber
müssen nun bereden, was von den Scherben noch zu retten ist.
Wenn man der Londoner konservativen Presse trauen darf, so wird
man in Washington versuchen, die Spalten zu kiffen und gemeinsam
die alten Ziele zu verfolgen, die nun getrennt nicht erreichen
konnte. Allerdings lässt sich auch eine Tendenz nicht ableugnen,
die Washington und London an Boden gewinnt, nämlich dass man
über kurz oder lang doch mit Chruschtschow über die Beruhigung des
Mittleren Ostens sprechen müsse. Macmillan hat den Gedanken, sich
mit dem sowjetischen Machthaber auszusprechen, nie gänzlich
aufgegeben, wenn er ihm auch hat seitlich zurücktreten lassen.
In Washington aber wächst der Wunsch, sich direkt mit den Russen
auseinanderzusetzen. Doch wollen Eisenhower und Dulles jeden
Anschein vermeiden, dass sie über den Kopf ihrer NATO-Verbündeten
hinweg mit Moskau verhandeln möchten. Vielleicht liesse sich für
beide ein Ausweg in der Richtung finden, dass man eine letzte
grosse Viererkonferenz anstrebt, um zu sehen, ob und unter
welchen Bedingungen sich krisenhafte Zuspitzungen wie heute in
Syrien vermeiden lassen.

Allerdings liesse sich dieser Weg nur beschreiten,
wenn man über Chruschtschows unmittelbare Absichten Klarheit
erlangen könnte. Sollte der Verdacht Boden gewinnen, dass
Chruschtschow's Haltung von Grösserwahn diktiert werde, so würden
Verständigungsversuche als Schwächeeingeständnisse ausgelegt
werden können, was vertrieben werden müsse.

Von der britischen Presse wird ferner ein weiteres
Gesprächsthema in den Vordergrund geschoben; der Wunsch der
Macmillan-Regierung, eine wirksame englo-amerikanische Zusammen-
arbeit auf dem Gebiete der Kernwissenschaft und der angewandten
Forschung für Raketenproduktion herbeizuführen. John Foster Dulles
hat angedeutet, dass die Vereinigten Staaten ihre Haltung auf
dem Gebiete der Kernwaffen angesichts der neuesten Entwicklung
ändern müsse. Das hat in London die Hoffnung bestärkt, dass der
Mac Mahon Akt, der die Mitteilung von Atomgeheimnissen an andere
Mächte verbietet, abgemindert werden dürfte, sodass Wissenschaft
und Forschung in Grossbritannien und Amerika mit vereinter
Kräften dem augenblicklichen sowjetischen Vorsprung einholen
könnten.

21. Oktober 1957

Dank lieber auf dem Mond...

K.J. In der USA ist ein Buch erschienen, über das wir uns gar nicht freuen können. Seine positive Seite: es macht klar, dass die Drohung mit dem "grossen" Atomkrieg kein Mittel der Politik mehr ist; aus Furcht vor dem Vergeltungsschlag werden es die Weltmächte sein lassen, den alles vernichtenden Atomblitz zu schleudern. Die Konsequenz? Leider heisst sie nicht Abrüstung. Als Lösung wird uns der "begrenzte" Nuklearkrieg angeboten.

Der Autor des Buches, Dr. Kissinger von der Harvard-Universität, versichert natürlich, dass er den Krieg nicht will. Kommt er aber doch, dann sollten sich die Grossmächte rechtzeitig zusammensetzen, um zu beraten, wie sie ihn am humanster führen können. Dafür gibt es diese Rezepte: Das Schlachtfeld muss vorher abgesteckt werden. Korrekt wird vereinbart, wo auf wen wie zu schiessen ist. Verwendet dürfen nur kleinere Atombomben werden, und "sauber" müssen sie natürlich auch sein: die Menschen ausserhalb des Atom-Exerzierplatzes sollen nicht radioaktiv verseucht werden. Vielleicht einigt man sich auf ein Land im Nahen Osten? Oder auf den Balkan? Oder auf die Bundesrepublik? Wie auch immer: Großstädte und Flugplätze müssen verschont bleiben, von Zeit zu Zeit muss eine Schlachtpause eingelegt werden, um dem Gegner die Möglichkeit zur Kapitulation zu geben. Wehe dem jedenfalls, der die Spielregeln nicht einhält! Er würde den "grossen" Atomkrieg auslösen mit Mord und Selbstmord beider Blöcke. Appell an die Vernunft: Begnügt, Grossmächte, euch damit, fünfzig, oder hundert, oder zweihundert Millionen Menschen umzubringen - irgendein Kriegsschauplatz wird sich schon finden lassen!

Mr. Kissinger ist ein seriöser Mensch. Und gerade das ist das Schlimme. Er hat sich seine menschenfreundlichen Vorschläge nicht aus Wolkenkuckucksheim geholt, sondern kam zu seinen Empfehlungen über die sehr ernsthaften Diskussionen kluger Amerikaner, die etwas von Politik, Krieg und Atomen verstehen. Wir wollen freilich hoffen, dass er für sein Patentrezept ganz alleine verantwortlich ist. Wie dem auch sei: haben wir es wirklich nötig, nach Möglichkeiten für einen begrenzten, sozusagen "kultivierten" Atomkrieg Ausschau zu halten? Ist die Situation so hoffnungslos, dass die Suche nach dem Frieden nicht mehr an erster Stelle rangiert?

Nach dem "Sputnik"-Start kamen aus der USA Meldungen, die wir uns beruhigter anhörten: Reklamegesellschaften und Grundstücksmakler sollten angeblich schon den Mond aufgeteilt haben, der Mond-Bodenpreis habe angepasst, wurde versichert. Die Presse brachte Mitteilungen über die Meinung einiger Leute, Atombomberversuche könnten doch vielleicht künftig besser auf dem Mond veranstaltet werden. Wir haben darüber gelächelt. Beim Buche Kissingers gelangt uns das nicht recht, weil es zu sehr den Vorstellungen mancher Aussenpolitiker nahekommt, mit einem reduzierten Atomkrieg liesse sich heute auf der Erde noch etwas machen. Wo sind die grösseren Utopisten?

Wenn schon Atomkrieg, dann bitte lieber auch auf der Erde!

* * *

- 7 -

... würden aus den Gräbern steigen

Der 50. Jahrgang der führenden katholischen Monatszeitschrift "Hochland" stellt ihr Herausgeber, Franz Josef Schöningh, im Oktoberheft eine Forderung voran, in der es u.a. heisst:

"Es wäre gut, wenn wir uns öfter der Männer des 20. Juli orientieren und uns fragen, wie sie heute über die kirchlich-religiöse Entwicklung in unserem Land urteilen würden. Ist die Vermutung abweisend, dass sie schmerzlich überrascht wären? Man sollte daran denken, dass nach dem 20. Juli sowohl der Sozialist Julius Leber als auch der Jesuit Alfred Delp hingerichtet wurde. Beide verband der Wille zur Freiheit im Kampf gegen den totalen Staat. Keiner von ihnen hätte es wohl für möglich gehalten, dass nach all den furchtbaren Erfahrungen im Dritten Reich die Fragestellung genauso lauten würde wie im Viktorianischen Zeitalter: ob ein Katholik Sozialist sein oder auch nur sozialistisch wählen dürfe. Dabei ist man nach dem Krieg mit nicht wenigen englischen Katholiken zusammengekommen, die der Arbeiterpartei angehören. Lord Pakenham, hervorragender Katholik und längere Zeit Minister für Deutschlandfragen, ist Sozialist. Die englischen Katholiken würden es mit Recht als Kompetenzüberschreitung der kirchlichen Autorität empfinden, wenn man ihnen verböte, Labour zu wählen"

Wer die letzten Jahrgänge dieser Zeitschrift (d.h. "Hochland") überprüft, kann leicht feststellen, dass sie keine sozialistischen Tendenzen vertritt. Es geht ihr um etwas ganz anderes, nämlich um den berechtigten Widerstand gegen eine unüberört sichtbar werdende Forderung, die universale, völkerverbindende Kirche an eine Partei zu binden und auf den Gesichtskreis einer solchen zu verengen. Überdies würden gläubige Katholiken so in Gewissensnot gestossen und vielleicht für immer ihrer Kirche, trotz aller Liebe zu ihr, entfremdet.

"Hochland", das von seinen Anfängen an stets aus der Fülle dessen zu leben versucht hat, was Katholizität bedeutet, warnt vor einer solchen Entwicklung "Wenn es im Hause unseres Vaters viele Wohnungen gibt, sollte der deutsche Katholizismus Raum genug für Menschen sehr verschiedener Prägung und sehr unterschiedlicher Anschauungen haben. Sonst würde am Ende der stets verfügbare und gefügige Einheits-Katholizismus übrigbleiben. Die grossen Katholiken der deutschen Geschichte würden aus ihren Gräbern steigen".

+ + +

Der Sturm gegen Lübke

Von Harry Bading, MdB

Jeder, der mit Bauern ins Gespräch kommt, wird feststellen können, dass alle Kreise der landwirtschaftlichen Bevölkerung mit der Agrarpolitik der Bundesregierung unzufrieden sind. Die Grossbauern schieben der Regierung die Schuld zu für die nach ihrer Ansicht zu niedrigen Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und zu hohen Preisen der landwirtschaftlichen Produktionsmittel oder für die Flucht der tüchtigen, jungen Leute aus der Landarbeit. Die Bauern mit mittlerem oder kleinem Besitz und ohne ständige, feste Arbeitskräfte kritisieren ebenfalls die Preisverhältnisse, ferner, dass sie von den Milliardensubventionen des Grünen Plans kaum etwas spüren.

Wie aber wirkt sich die Unzufriedenheit der Bauern politisch aus? Sind die Bauernmassen radikalisiert oder haben sie bei der Wahl den zu Adenauer in Opposition stehenden Parteien ihre Stimme gegeben? Keineswegs. Eine Vergrößerung der Zahl der bäuerlichen Wähler, die in der FDP oder anderen, sogenannten nationalen Gruppen das Heil sehen, ist mit wenigen Ausnahmen nicht festzustellen. Die gross- und mittelbäuerliche Bevölkerung hat fast ausnahmslos wie 1953 auch jetzt der Regierungsparteien ihre Stimme gegeben. Dort, wo 1953 viele Bauern die FDP gewählt haben, sind diese in hohem Masse zur CDU und DF abgewandert, insbesondere in den Kreisen, deren Bauernverbände unter der Achtung ihrer satzungsgemässen Verpflichtung zu politischer Neutralität zur Wahl von CDU und DF aufgefordert haben. Anders dagegen haben sich die kleinbäuerlichen Schichten verhalten. In diese konnte die SPD ihren bereits 1953 spürbaren Einbruch merklich erweitern.

Auf der Suche nach Prügelnaben

Was muss man aus diesen Feststellungen schliessen? In keiner der bäuerlichen Schichten herrscht Katastrophenstimmung, so wie es die Bauernverbandsagitation oft und gern einstellt. Man ist zweifellos und in vielen Fällen durchaus mit Recht unzufrieden, aber man wählt dennoch das, was der Bauernverband und das Ständegedühl einem einflößt. Lediglich in kleinbäuerlichen Schichten wächst die Erkenntnis, dass die bisherige Agrarpolitik in erster Linie den grösseren Landwirten diene. Bemerkenswert ist, dass die regionalen Bauernverbände nach wie vor einen starken Einfluss auf die politische Entscheidung ihrer Mitglieder ausüben und dass es ihnen Präsidenten gelingt, vier Jahre lang, die Bauern gegen einzelne CDU-Minister der Bundesregierung aufzuhetzen, um dann kurz vor der Wahl den Bauern weiszumachen, es läge in deren Interesse, die CDU zu wählen.

Dieses Manöver gelingt ihnen dadurch, dass sie sich einen Prügelnaben suchen und aussprechen die Furchen vertiefen, dass der Bundeskanzler nur den richtigen Mann zu finden brauche, dann wäre alles gut. Der richtige Mann brauche nur die richtige Einfuhrpolitik zu betreiben, durch welche die Inlandspreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse steigen und für Industrieerzeugnisse sinken; schon sei alles in Butter. Die Herren Bauernverbandspräsidenten wissen natürlich genau, dass es sich hierbei um eine Illusion handelt, aber auf den Verbandstagungen reden sie den Bauern vor, das alles sei realisierbar.

Auf Kosten der mittleren und kleineren Bauern
Der Prügelnabe der Bauernverbände ist seit mehreren Jahren der CDU-Landwirtschaftsminister Lübke, der richtig erkannt hat, dass man über den Preis allein nur einen kleinen Teil der Landwirtschaft helfen kann, dass bei der Übergrößen Mehrzahl der landwirtschaftlichen Betriebe aber Massnahmen zur Strukturänderung, zur Technisierung und Rationalisierung notwendig sind, um überhaupt die Voraussetzungen für ein ertragreiches Wirtschaften zu schaffen. Herr Lübke hat sich aber der trügerischen Hoffnung hingeeben, dass seine Ansichten von den Bauernverbandspräsidenten geteilt werden.

Diese und die die Bauernverbände massgeblich beeinflussende, grossbäuerliche Schicht hat kein eigenes Interesse an der Änderung der Agrarstruktur, denn ihre Betriebe sind ausreichend gross und arrendiert, sie müssen nur ein Interesse an höheren Preisen, um mehr Geld zu verdienen. Sie zeigen aber auch kein Interesse, und das ist ihnen zum Vorwurf zu machen, an der Verbesserung der Strukturverhältnisse und Betriebsergebnisse der mittleren und kleineren Bauern, denn sie brauchen die Unzufriedenheit der Bauern als tragendes Element ihrer Politik. Deshalb bekämpften sie von Anfang an Herrn Lübke. Er war nicht ihr Interessenvertreter. Und jetzt benutzen sie die Umbildung des Bundeskabinetts, um einen anderen Mann an seine Stelle zu setzen. Sie brauchen einen politischen Erfolg, um vor ihren Verbandstätigkeiten bestehen zu können.

Keiner drängt sich vor...

Verständlicherweise bringt sich über einen der Bauernverbandspräsidenten selber, den Ministerwechsel einzunehmen. Seder Herr Baumgart aus Württemberg oder Herr Karwe aus Schleswig-Holstein, die beide langjährige Mitglieder des Bundesrates sind, noch die Präsidenten, die jetzt in den Bundesrat gewählt wurden, wie die Herron Frey aus dem Rheinland, Wittner-Eigenbrodt aus Hessen oder Baron Pury aus Bayern, wenn sie wissen ganz genau, dass sie dann die Rolle des Prügelnabes übernehmen müssen. Und wer will das gern? Dafür hat das Präsidium der Bauernverbände den württembergischen Landwirtschaftsminister Farny vorgeschlagen, aber der winkte grübelnd ab, er kennt seine Berufskollegen. Dann wurde Herr Oberländer, der bisherige Wirtschaftsminister im Kabinett Adenauer, Kandidat der Bauernverbände für den Posten des Bundesernährungsministers. Ob er von sich zwingt, ist aber auch schon wieder zweifelhaft, denn die freundliche Einladung, am Bauernverbandstag teilzunehmen, hat er abgelehnt. Wer wird der nächste Kandidat sein? Oder wird sich Adenauer doch noch trotz des Protestes des Bauernverbandspräsidenten für Lübke entscheiden?

Unlautere Verbandspolitik

Ganz gleich, wer Ernährungsminister im 3. Kabinett Adenauer wird, die Bauernverbände werden ihn sofort oder kurz über lang bekämpfen, weil sie einen Sündenbock brauchen, dem sie die Schuld geben können, dass ihre irrealen Forderungen nicht erfüllt werden. Es wiederholt sich das Spiel einer unlauteren Verbandspolitik zum ungezählten Male. Im Kaiserreich war es der Bund der Landwirte, in der Weimarer Republik der Reichslandbund und jetzt ist es der Deutsche Bauernverband. Zu jeder Zeit hat eine kleine Clique grösserer Landwirte die Schwierigkeiten der grossen Mehrzahl der bäuerlichen Betriebe dazu benutzt Politik für eigene Bechtung zu machen, und damit eine vernünftige, die Entwicklung der gesamten Landwirtschaft fördernde Agrarpolitik verhindert.
